

GEGENWÄRTIG



gemeinsam. leben. gestalten.
christliche arbeiterjugend.



SONDERAUSGABE

Reaktionen aus Politik, Kirche und Gesellschaft
zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie



Sonderausgabe

anstelle des gewohnten Sögeler Sozialtags

Liebe Leser*innen,

wichtige Elemente der Arbeit der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ) und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) sind der Dialog zwischen Politik und den Mitgliedern unserer Verbände und die Jugend- und Erwachsenenbildung. Wir sind der Überzeugung, dass ein zielführender Diskurs nur geführt werden kann, wenn alle Beteiligten die verschiedenen Dimensionen der Problemstellung nachvollziehen können.

Aufgrund der sinnvollen Einschränkungen zur Eindämmung der Pandemie, ist die Durchführung unserer klassischen Veranstaltungsformate momentan eher schwierig.

Daher haben wir Vertreter*innen aus Politik, Arbeitnehmervertretung und Kirche gebeten, uns Impulse zu senden, wie sich die Wirtschaft in Deutschland und Europa weiterentwickeln sollte und welche Denkanstöße für die Politik notwendig sind.

Wir laden Sie ein, sich mit Kolleg*innen und innerhalb Ihrer Familien- und Freundeskreise über die Ideen der Impulse und Ihre eigene Einschätzung auszutauschen.

FÜR EIN CHRISTLICHES MITEINANDER IN DER ARBEITSWELT

Die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) und die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) setzen sich seit jeher dafür ein, dass der Mensch und seine Umwelt in den Mittelpunkt von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gestellt werden. Zumeist wurde uns entgegnet, dass die Interessen der Industrie Vorrang haben, da sie Arbeit, Wohlstand und somit auch Sicherheit garantieren. Maßnahmen wie die Einhaltung von Emissionsgrenzwerten, Umweltschutz, Erhöhung des Mindestlohns, Stärkung des gesetzlichen Rentensystems, Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, ein Lieferkettengesetz und viele andere, wurden abgetan oder nur sehr zaghafte umgesetzt.

Nicht nur während der Finanzkrise 2008 kamen Zweifel auf, dass das Maxime des grenzenlosen Wachstums zielführend ist. Wir mussten jedoch feststellen, dass keine nennenswerten Lehren aus dieser Krise gezogen wurden.

Nicht nur die Klimaproteste von Fridays for Future, sondern ein breites Bündnis von Wissenschaftler*innen, Organisationen/Verbänden und vielen Bürger*innen hat schon vor der Covid-19-Pandemie darauf hingewiesen, dass ein Wandel zu einem schützenden und nachhaltigen Wirtschaften stattfinden muss, um eine globale Katastrophe, nämlich den Klimawandel, abzumildern. Leider mussten wir viel zu oft hören, dass der Wille zwar da wäre, aber nicht genügend Geld für den Klimaschutz zur Verfügung stehe.

Nun stehen wir vor einer erneuten Wirtschaftskrise, ausgelöst durch die Covid-19-Pandemie, und die Politiker*innen in ganz Europa mobilisieren gigantische Summen, um die Pandemie einzudämmen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Natürlich nehmen wir auch wahr, dass einzelne Stimmen in der Bundesregierung von einem Wirtschaftspaket sprechen, welches zukunftsweisend und umweltfreundlich sein soll.

Allerdings hören wir auch die Stimmen aus Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern, die der Forderung der Autoindustrie nach einer Kaufprämie nur allzu gern nachkommen würden. Einem Instrument, welches schon als Abwrackprämie in der Finanzkrise, weder die Umwelt geschont noch die deutsche Autoindustrie gestärkt hat.

In vielen Bereichen der Wirtschaft geht die Arbeit unvermindert weiter, oftmals kommen die Arbeitgeber den Arbeitsschutzrichtlinien und den Hygienestandards nicht nach und umgehen zudem den Mindestlohn. Jüngstes Beispiel ist die Fleischindustrie und der dort deutlich werdende Umgang mit Arbeitsmigranten.

Bundesumweltminister Gerd Müller betont anlässlich des Weltüberlastungstages (3.05.2020) in einem Bericht der RP-Online „Der Immer-Weiter-Schneller-Mehr-Kapitalismus der letzten 30 Jahren muss aufhören.“

Die CAJ und die KAB teilen diese Ansicht. Das kontinuierliche Streben nach Wachstum und Gewinnmaximierung führt zwangsläufig zur Ausbeutung von Mensch und Natur durch die Wirtschaft. Dies muss ein Ende haben.



Reaktionen aus der Politik

auf die Fragen:

- **Wie sollte sich die Wirtschaft in Deutschland und Europa weiterentwickeln?**
 - **Welche Impulse setzen Sie und Ihre Partei in Hannover und Berlin, um diese Entwicklung zu ermöglichen?**
-



Martin Bäumer, MdL

Die weltweite Corona-Pandemie und der Lockdown der Wirtschaft sind ein Weckruf für die Art und Weise, wie wir Menschen auf diesem Planeten leben. Dabei hat das eine mit dem anderen eigentlich nichts zu tun. Das Corona-Virus ist vermutlich keine Folge des Klimawandels, denn Pandemien hat es in den letzten Jahrhunderten immer wieder gegeben. Dass es sich weltweit so schnell verbreiten konnte, hat viel mit unserer globalisierten Welt zu tun. Aber trotz des intensiven globalen Zusammenlebens wäre es früher oder später auch zu uns gekommen. Warum also ist das Coronavirus ein Weckruf für uns? Weil das Zusammenleben der Menschen sich noch nie in der Geschichte so schnell geändert hat. Quasi innerhalb weniger Wochen von hundert auf null. Auf einmal hatten wir alle viel mehr Zeit als früher. Viele Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Unternehmen standen und stehen vor dem wirtschaftlichen Aus. Denn so sehr sich die Parlamente weltweit darum bemühen, den wirtschaftlichen Schaden zu begrenzen, so sehr wird vielen Menschen klar, dass die Zeit nach Corona nicht mehr so sein wird wie früher. Auch wenn es schmerzt, ist das gut so.

Denn das Coronavirus gibt uns die Chance, notwendige Reformen schneller anzupacken. Die Zustände in der Fleischindustrie sind dafür ein gutes Beispiel. Das Virus hat den Blick auf die Zustände wie eine Lupe deutlich verstärkt. Obwohl die Zustände schon vorher unerträglich waren, hat erst das Virus dafür gesorgt, dass sich hier etwas ändert. Doch wie immer im Leben zeigen drei Finger auf uns, wenn wir mit dem Zeigefinger auf solche Zustände zeigen. Werkverträge sind ein wichtiges Mittel für unsere Wirtschaft. Aber zukünftig darf es nicht mehr sein, dass die Kernmannschaft eines Unternehmens nur aus Werkvertragsarbeitern besteht. Das Coronavirus und seine Folgen haben auch den Blick auf die Wohnsituation von Menschen gelenkt. Auch hier muss sich etwas ändern. Die Politik in Niedersachsen arbeitet gerade sehr intensiv an den entsprechenden Regelungen, die nach der Sommerpause in den Ausschüssen diskutiert werden.

Die Lieferschwierigkeiten bei manchen Produkten während der ganz akuten Corona-Phase haben uns auch gezeigt, dass uns die Auslagerung der Produktion ins ferne Ausland in Krisenzeiten vor Probleme stellen kann. Hier wird es zum Aufbau von Produktionslinien in Deutschland und der Rückholung von Arbeitsplätzen kommen. Während viele Menschen zuhause im Heimatbüro (Homeoffice) waren, ist mehr als deutlich geworden, wie schlecht der Breitbandausbau im ländlichen Raum ist. Wer die Autos von der Straße holen oder auf den Neubau von Straßenautobahnen verzichten will, der muss die Internetautobahnen dringend ausbauen. Das dient auch dem Umwelt- und Klimaschutz. Generell müssen wir uns bei Förderungen auf das konzentrieren, was Zukunft hat. Das sorgt in Coronazeiten für schmerzliche Brüche, stellt uns als Gesellschaft aber zukunftssicher auf. Jeder Euro, den wir mehr ausgeben, muss für weniger Energieverbrauch, weniger Schadstoffemission und weniger Umweltverschmutzung sorgen.



Martin Bäumer, MdL

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Sprecher des Ausschusses für
Umwelt, Energie und Klima-
schutz



Markus Brinkmann, MdL

Der Ausbruch des Corona-Virus hat in Deutschland und der Welt dafür gesorgt, dass wir uns in einer weltweiten Wirtschaftskrise befinden, deren Folgen noch nicht absehbar sind. Vor dem Hintergrund der sinkenden Steuereinnahmen ist der finanzielle Spielraum in Bund, Ländern und Kommunen dramatisch gesunken.

Jede und jeder von uns ist nun mehr denn je gefordert. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, die soziale Gerechtigkeit in unserem Land und in Europa verstärkt in den Blick zu nehmen! Diejenigen Menschen, die schon vor der Corona-Pandemie am Existenzminimum gelebt haben, müssen aufgefangen werden und dürfen nicht als „Verlierer“ aus so einer dramatischen Zeit hervorgehen. Ich sehe es als meine Pflicht, benachteiligten Menschen zu helfen, egal in welcher schwierigen und ungewöhnlichen Situationen wir uns befinden. Zukünftig müssen Interessen jeder bzw. jedes Beschäftigten in die geplanten Entscheidungen mit einfließen, auch eine Stärkung der Rechte der Betriebsräte muss erfolgen, weil Mitbestimmung am Arbeitsplatz das Recht jeder Arbeitnehmerin bzw. jedes Arbeitnehmers ist.

Die unterschiedlichen Hilfsprogramme der nationalen und auch europäischen Politik müssen zielgerichtet sein und sollen einen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit legen. Wichtige Themen wie der Klimaschutz und die Arbeitsplatzsicherheit sind zuletzt zu schnell aus dem Blickfeld der Politik verschwunden und müssen zukünftig wieder stärker wahrgenommen werden. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit gerade in Südeuropa darf sich nicht wiederholen. Es muss eine Beschäftigungsperspektive für junge Leute geben.

National wie auch auf der europäischen Ebene brauchen wir ab jetzt eine noch intensivere gemeinsame Anstrengung aller Politikfelder sowie der Zivilgesellschaft, um die starken Herausforderungen in Europa neu zu thematisieren und europäische Antworten in Bezug auf die Folgen der Corona-Krise zu finden.

Mein Appell an Sie: Jede und jeder von uns kann seinen Beitrag dazu leisten, in dem er bzw. sie auf die Menschen in seiner bzw. ihrer Umgebung Acht gibt und Hilfe anbietet, wo welche benötigt wird.



Markus Brinkmann, MdL

SPD-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag



Amira Mohammed Ali, MdB

Die soziale Spaltung überwinden

Die Corona-Pandemie ist ein Brandbeschleuniger für den sozialen Spaltungsprozess. Jahrzehnte neoliberaler Politik, angefangen bei der Agenda 2010, haben in Deutschland zur Ausbreitung von Niedriglöhnen und zu massenhafter Altersarmut geführt. Gleichzeitig konzentrierten sich unfassbar große Vermögen in den Händen weniger Multimillionäre und Milliardäre. Die 45 reichsten Personen in Deutschland besitzen mittlerweile so viel Vermögen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.

Nun steht uns durch die Corona-Pandemie der größte Wirtschaftseinbruch der Nachkriegsgeschichte bevor. Der Export steht nahezu still und Dienstleistungsunternehmen wie Reisebüros mussten im Rahmen des Lockdowns über Monate ihre Türen schließen. In der Folge greifen Arbeitslosigkeit und Unternehmenspleiten um sich. Weitere 6,8 Millionen Menschen befinden sich in Kurzarbeit und haben große Einkommenseinbußen.

Die schwarz-rote Bundesregierung löst ihr Versprechen Beschäftigte, sowie kleine Unternehmen zu schützen, nicht ein. Von den Milliarden Euro, die derzeit mit Konjunkturpaketen verteilt werden, kommt nur ein Bruchteil, zum Beispiel in Form des Kinderbonus, bei den Betroffenen an. Ein großer Teil fließt stattdessen an Konzerne, die auf Milliarden-Rücklagen sitzen.

Auch der größte Posten im Konjunkturpaket, die Mehrwertsteuersenkung von 3 Prozent für ein halbes Jahr, entlastet nicht wirklich Haushalte mit kleinen Einkommen. Stattdessen nutzt sie vor allem denjenigen, die sich nun schnell eine große Anschaffung, wie ein neues Auto oder eine neue Küche, leisten können. Einige Großkonzerne wie die amerikanische Kaffee-Kette Starbucks geben die Steuersenkung erst gar nicht an ihre Kundinnen und Kunden weiter, sondern stecken sie in die eigene Tasche.

Jeder Euro, der so mit der Gießkanne ausgeschüttet wird, wäre bei Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentnern, Arbeitslosen oder Unternehmen, die es wirklich brauchen, besser aufgehoben. Nach der Krise droht bei einer Regierungsbeteiligung der Union die nächste Welle des Sozialabbaus. Einschnitte beim Mindestlohn und die Aussetzung von Rentenerhöhungen werden schon diskutiert. Es darf aber nicht sein, dass am Ende wieder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Rentnerinnen und Rentner für die Krise zahlen. Es braucht stattdessen ein klares Bekenntnis dazu, dass diejenigen mit den extrem großen Vermögen einen gerechten Anteil an den Krisenkosten tragen. Darum fordert DIE LINKE eine Vermögensabgabe vom reichsten Prozent der Bevölkerung, also von den Milliardären und den vielfachen Multimillionären. Sie haben durch die Senkung von Steuern auf Spitzen-einkommen sowie die Aussetzung der Vermögenssteuer in den letzten Jahrzehnten schließlich auch enorm profitiert. Ebenso muss die Steuerflucht großer Konzerne, wie Amazon, unterbunden werden. Die Stärkung der Kaufkraft durch auskömmliche Tariflöhne, einen Mindestlohn von 12 Euro und armutsfeste Renten sind die Voraussetzung dafür, dass unsere Wirtschaft die Corona-Krise bewältigen kann. Die Umverteilung und das Ende der Spaltung in Arm und Reich sind die Voraussetzungen, dass wir bei allen gesellschaftlichen Herausforderungen, wie der Bekämpfung des Klimawandels, einen gesellschaftlichen Konsens herstellen können.



Amira Mohamed Ali, MdB

Vorsitzende der Fraktion
DIE LINKE. im Deutschen Bundestag



Volker Bajus, MdL

Chancen in der Krise nutzen - Solidarität neu begründen

Die Folgen der Covid 19-Pandemie treffen uns alle – manche jedoch deutlich härter als andere. Arme, Bedürftige und Menschen in Notlagen leiden besonders. Ohnehin gefährdete Gruppen, Kranke, Alte, Menschen mit Behinderungen, Wohnungslose, Geflüchtete oder Kinder und auch viele Frauen sind jetzt noch stärker bedroht. Mit Corona rücken soziale Missstände in den Fokus, die häufig beklagt, aber zu selten auf der politischen Agenda stehen: Schlechte Bezahlung und geringe Anerkennung der Pflegeberufe, prekäre Beschäftigung bei Amazon und Co, extreme Ausbeutung in der Fleischindustrie, mangelnde Unterstützung für Kinder aus Armutshaushalten. Jetzt droht auch noch eine weltweite Rezession. Millionen Menschen sind bereits in Kurzarbeit. Ganze Branchen fürchten um die Zukunft.

Corona hat uns aber auch zusammenrücken lassen. Da ist der Nachbar, der für die ältere Dame den Einkauf erledigt, die junge Frau, die erkrankte Freund*innen mit Mahlzeiten versorgt oder es werden Masken gleich für das ganze Haus genäht. Der Lockdown brachte für viele Entschleunigung, die Chance auf Besinnung, mehr Zeit für die Familie, Solidarität und die wachsende Gewissheit: Wir sitzen in einem Boot. Nur gemeinsames Handeln kann die Pandemie erfolgreich eindämmen. Alte Erkenntnisse verbreiten sich neu: Gesundheit ist keine Ware, die Ökonomisierung des Gesundheitswesens ein Irrweg. Pflegende müssen besser bezahlt werden und Krankenhäuser nicht allein über Fallzahlen finanziert werden. Der soziale Sektor ist „systemrelevant“, aber leider unterfinanziert. Mit Home-Schooling hat die Bildungungerechtigkeit noch mal zugenommen. Hier ist an vielen Stellen gegenzusteuern.

Solidarität muss daher jetzt neu begründet werden. Denn ob unsere Gesellschaft durch die Krise solidarischer oder eigennütziger wird, liegt an uns. Sorgen wir dafür, dass Entscheidungen nicht nur epidemiologisch und ökonomisch erfolgversprechend, sondern auch sozial gerecht und fair sind. Die Lasten der Krise müssen entsprechend verteilt werden. Ausgerechnet die ärmsten Familien haben bislang keine Unterstützung erhalten, obwohl Lebensmittel teurer wurden und Tafeln zeitweise schließen mussten, während kostenlose Schulmahlzeiten ausfielen. Beschämend für ein reiches Land. Wir müssen auch wieder über Arbeitszeitverkürzung reden, wenn Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit massiv zunehmen.

Konjunkturpakete müssen dringend nachhaltig gestaltet werden. Eine klimazerstörende Wirtschaft, die weit über ihre Verhältnisse lebt und zu viel Ressourcen verbraucht, hat keine Zukunft. Gegen die Klimakrise gibt es keinen Impfstoff und keine Medizin. Da hilft nur gute Klimapolitik. Neue Investitionen müssen daher konsequent klimafreundlich sein. Wir brauchen neue Mobilitätsangebote ohne fossile Verbrenner, den offensiven Ausbau von Sonne- und Windenergie, die Förderung der grünen Wasserstoff-Technologie und die CO₂-Sanierung des Gebäudebestandes und klimaneutralen Neubau. Die Ausbeutung von Mensch und Natur muss ein Ende haben. Dafür sind klare Regeln für die Wirtschaft und wirksame Anreize wichtig. Für ein „Weiter so!“ haben wir nicht die Zeit. Solidarität muss auch für den Umgang mit Ressourcen gelten. Corona gibt uns die Gelegenheit, bislang verpasste Chancen anzupacken.



Volker Bajus, MdL

Fraktion

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

im Niedersächsischen Landtag

Sprecher für Sozialpolitik,

Kinder, Jugend, Familie und

Justizvollzug



Reaktionen aus Kirche und Gesellschaft

auf die Fragen:

- **Wie sollte sich die Wirtschaft in Deutschland weiterentwickeln? Welche Impulse muss die Politik in Hannover und Berlin dafür setzen?**
-



Prälat Peter Kossen

„Der Tag danach“ – Wie wollen wir leben?

Eines Tages werden wir zurückschauen und wissen: „Was auch immer es war, es ist vorbei. Corona ist Geschichte!“ – „Der Tag danach“: wie wird der sein? Was wird dann anders sein? Wie wollen wir dann leben? Gehen Christen anders mit einer Krise um? Was sagt Gott uns durch Fachleute in dieser Krise?

Krisen erschüttern alle Sicherheiten und decken auf, was hohl ist und morsch, erstarrt und leblos. Das Wort „Krise“ bedeutet „Entscheidung“ – ganz wertfrei und doch voller Hoffnung! Faule Kompromisse und Lügen sind nicht krisenfest. Krisen sind immer mit Leid verbunden. Wer durchgekommen ist und die Krise hinter sich hat, lebt anders weiter, hat etwas gelernt: über das Leben, über die Welt und wohl auch über sich selbst. Zeigt nicht die Pandemie, was wir vorher eigentlich alle schon wussten, dass Probleme nur global gelöst werden können, dass alles mit allem zusammenhängt und dass der Klimawandel nicht mit einem Impfstoff bewältigt werden kann? Solidarität wird jetzt immer wieder angemahnt. Zurecht! Sie ist nicht nur in medizinischer, sondern auch in ökonomischer und ökologischer Hinsicht lebensnotwendig.

Krisen haben uns schon vor Corona in Atem gehalten und den Atem genommen: Klimawandel, Nationalismus, der Hunger in der Welt, das Auseinanderdriften der Welten... - die Pandemie zeigt innere Zusammenhänge dieser Herausforderungen und zeigt, dass die Menschheit sie nur insgesamt und gemeinsam, solidarisch angehen kann. Solidarität bedeutet Austausch, Kommunikation auf Augenhöhe und



den Kreislauf der materiellen und geistigen Güter. In diesen Kreislauf kann jeder etwas einbringen und jeder hat Nutzen daraus, auch die Armen! Probleme werden für alle gelöst oder sie werden gar nicht gelöst. Die Krise zeigt: Wir sind Schicksalsgemeinschaft – so oder so!

Achtsamkeit könnte der Ausdruck sein für eine neue Ordnung. Vor Wochen habe ich davor ge-

warnt, dass Wanderarbeiter aus Ost- und Südosteuropa von der Pandemie besonders gefährdet sind aufgrund unmenschlich harter Arbeit und mieser Unterbringung. Sie werden benutzt, verschlissen und dann entsorgt – „Wegwerfmenschen“! Sie bauen Kreuzfahrtschiffe und betreuen als 24h-Pflege Senioren, schufteten als Scheinselbständige auf Baustellen, in der Fleischindustrie, bei Ausstell-Kolonnen und als Paketzusteller. Weil es legal ist, viel Geld spart und Unternehmer-Verantwortung auf ein absolutes Minimum reduziert. Der Rechtsstaat lässt es bisher geschehen. Die Gesellschaft schaut weg. Osteuropäische Wanderarbeiter leben unter uns und sind doch Bürger einer dunklen Parallelwelt, eine große anonyme Gruppe, eine „Geisterarmee“: Arbeitskräfte ohne Gesicht, ohne Namen und Geschichte. So werden sie ohne Aufsehen und ohne schlechtes Gewissen ausgebeutet, betrogen und gedemütigt. „Billig! Billig! Billig!“ hat einen hohen Preis. Den Preis für die billigen Lebensmittel bezahlen die Landwirte mit ihrer Existenz, die Rumänen und Bulgaren mit ihrer Gesundheit und die Natur mit der Artenvielfalt und dem ökologischen Gleichgewicht. Der Tag danach: Wie wollen wir leben? - Diese Krise ist keine Sackgasse. Der Ausweg ist nicht der Weg zurück. Im Licht des Evangeliums sehen wir eine neue Weltordnung; gegenseitige Liebe ist ihr Gesetz. Der Geist Jesu treibt uns auf die Straße. Unverzüglich. Jetzt geht's los!



Prälat Peter Kossen

Katholischer Pfarrer
in Lengerich (Westfalen)



Laura Odile Rinderspacher

Nach Corona gibt es so viele Selbstverständlichkeiten, die aktuell auf dem Prüfstand stehen. Ich finde es unglaublich spannend, die neu entflammten Diskussionen um Deglobalisierung, Lieferketten, Kettenverträge und Klimapolitik zu verfolgen. Welche Weiterentwicklungen für uns, unsere Wirtschaft und die globale Wirtschaft am sinnvollsten wären, vermag ich kaum zu beurteilen. Dennoch möchte ich zwei Impulse nennen, die mir wichtig wären:

Umgang mit unsichtbaren Bedrohungen

Mein erster Impuls ist sehr allgemein gehalten. Meine These ist es, dass wir jetzt sehr schmerzhaft aber schnell und effektiv lernen konnten, wie wir auch zukünftig unsichtbare Bedrohungen erkennen, einordnen und Maßnahmen ergreifen können. Auch wenn die Corona-Pandemie deutlich spürbarer war, wirkt sie mit ihren Eigenschaften als globale Bedrohung von Wohlstand und Gesundheit ähnlich zum drohenden Klimawandel. Das Erkennen der unsichtbaren Bedrohung, das schnelle und effektive Handeln, die Priorisierung haben mir sehr imponiert.

Dazu gehört auch das Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik. Wenn wir uns für den Umgang mit nahenden Herausforderungen eine ähnliche Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Politik und ein überraschend starkes Zusammenhalten der Politik beibehalten könnten, dann wäre das aus meiner Sicht, ein Riesengewinn.

Vielleicht konnte die Pandemie uns aus einer gewissen „Schockstarre“ erwecken.

Gesundheitssystem stärken – Ein Fundament unserer Gesellschaft

Der zweite Impuls ist deutlich konkreter als der erste. Ich denke spätestens mit dem Bild „Game Changer“ von Banksy, auf dem ein Junge seine Superheldenfiguren Batman und Spiderman gegen die einer Krankenschwesterfigur austauscht, haben wir das Heldengefühl für Ärztinnen und Ärzte und Pflegepersonal gespürt. Wir haben die körperlichen Anstrengungen gesehen und können die psychischen Belastungen nur erahnen. Sicher haben wir es hier mit einer nicht vergleichbaren Ausnahmesituation zu tun. Und trotzdem haben wir einmal mehr gemerkt, ohne Gesundheit und Pflege funktioniert unser System nicht. Care-Arbeit ist ein Fundament unserer Gesellschaft.

Dem gegenüber steht ein immenser Personalmangel, verursacht durch ein Missverhältnis zwischen Bezahlung und Belastung. Bekannt aber gebilligt. Die Motivation des Dienstes am Menschen reicht nicht (mehr) aus. Brauchen wir nicht eine komplette Neubewertung unserer Pflegearbeit? Die Sichtbarkeit und die Wertschätzung des Gesundheitssystems war nie so hoch wie in den letzten Monaten – das darf nicht im Sande verlaufen.



Laura Odile Rinderspacher

Wirtschaftsethikerin

Referentin im Kirchlichen
Dienst in der Arbeitswelt (kda)
der Ev.-luth. Landeskirche
Hannovers



Johannes Grabbe

Die Wirtschaft im Blick. Der Mensch im Mittelpunkt.

Die Corona-Krise hat zu einem beispiellosen Einbruch der wirtschaftlichen Leistung geführt und gleichzeitig gezeigt, wie anfällig unsere Gesellschaft ist. Daraus müssen nun kurzfristig die richtigen Schlüsse gezogen werden. Der Deutsche Gewerkschaftsbund in Niedersachsen hat ein 3-Säulen-Konzept entwickelt, das Maßnahmen bündelt und konkrete Schritte aufzeigt.

Säule: Vorbedingungen und Krisenprävention

Die Corona-Pandemie unterstreicht nochmal mehr, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten oberste Priorität haben muss. Gleichzeitig wissen wir durch zahlreiche schlechte Beispiele etwa in der niedersächsischen Fleischindustrie, wie wichtig gute Arbeitsbedingungen sind. Niedersachsen muss zum Land der Guten Arbeit werden. Gleichzeitig muss unsere Wirtschaft krisenfester aufgestellt werden, indem die Produktion von zentralen Gütern wieder in Niedersachsen angesiedelt wird. Landesbeteiligungen können helfen, niedersächsische Unternehmen zu stabilisieren. Darüber hinaus ist ein handlungsfähiger Staat mit aktiven Kommunen, einem leistungsfähigen öffentlichen Dienst, einem gut ausgestatteten Gesundheitswesen und einem modernen Bildungssektor die Basis einer krisenfesten Gesellschaft.

Säule: Stärkung der Binnennachfrage

Das unmittelbare Krisenmanagement mit stark angebotsorientierten Soforthilfen muss nun in die nächste Phase treten. Die privaten Konsumausgaben tragen maßgeblich zum Wachstum bei. Um die Binnennachfrage zu stabilisieren, muss die Einkommenssituation privater Haushalte gestärkt werden. Dann füllen sich auch die Auftragsbücher der Unternehmen wieder und Menschen können aus der Kurzarbeit zurückkommen. Es braucht dabei Maßnahmen zum sozialen Ausgleich. Wenn die Menschen in Niedersachsen wieder Zuversicht fassen und sich etwas leisten können, dann hilft das auch der Wirtschaft. Gleichzeitig braucht es konkrete Kaufanreize, um genau die Branchen zielgerichtet zu stabilisieren, die von der Corona-Krise besonders hart getroffen wurden.

Säule: Investitionen in die Zukunft Niedersachsens

Bereits vor Corona war Niedersachsen mit großen Herausforderungen wie dem Klimawandel und der Digitalisierung konfrontiert. Damit die Wirtschaft anspringt, müssen jetzt sinnvolle Zukunftsinvestitionen vorgezogen werden. Die Infrastruktur in Niedersachsen braucht nicht nur einen frischen Anstrich, sondern muss grundsanitiert und klimafreundlich modernisiert werden. Hier liegen massive Chancen für die Wirtschaft, da durch den notwendigen Wandel Wachstumschancen für unsere innovativen Unternehmen und Branchen entstehen. Dazu muss das Land seine Investitionen massiv hochfahren. Das geeignete Instrument hierfür ist ein landeseigener Investitionsfonds. Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Gute Arbeit müssen dabei im Zentrum der Investitions- und Konjunkturprogramme stehen. So kann Niedersachsen verantwortungsvoll die Basis für nachfolgende Generationen legen.



Johannes Grabbe

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Niedersachsen - Bremen
- Sachsen-Anhalt
Abteilungsleiter Wirtschaft,
Umwelt, Europa



Florian Schneider

Die Christliche Arbeiterjugend (CAJ) strebt die Schaffung des neuen Menschen und der neuen Gesellschaft, in globaler Perspektive und als Teil der internationalen Arbeiter*innenklasse an. Ziel ist die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft, in der Unterdrückung und Ausgrenzung beendet sind, „wo es keine Ausbeutung, keine Armut, keinen Hunger, keine Diskriminierung gibt; wo Produktion und Konsum so organisiert sind, dass sie der Menschheit dienen und die Bedürfnisse aller abdecken; wo jeder Mensch, jede Nation und jede Kultur einen eigenen Platz haben; eine solidarische Gesellschaft (...).“ (Intern. Grundsatzerklärung)

Bei der Gesellschaftsanalyse geht die CAJ von den Situationen der jugendlichen Arbeiter*innen und den Widersprüchen des Kapitalismus aus. Akteur*innen sind die sich organisierenden jungen Arbeiter*innen, die Unterdrückten und die Ausgegrenzten sowie weitere Organisationen, die diese Ziele verfolgen. Die Beteiligung der jungen Arbeiter*innen ist für die CAJ Grundvoraussetzung zur Durchsetzung der Ziele; sie können und sollen Teil der Lösung sein und Verantwortung für die Situationen auf lokalen, nationalen und internationalen Ebenen übernehmen.

Die Visionen und Beschlüsse der CAJ sind Bausteine zur Erreichung der angestrebten Ziele: gegen prekäre Arbeit hin zur gerechten Arbeitswelt, u.a. für ein Verbot von sachgrundlosen Befristungen, Verbesserung der Situation von Leiharbeiter*innen (Reregulierung des Erwerbsarbeitsmarktes 2016), Arbeitszeitverkürzung (2018), Beschäftigung mit dem Grundeinkommen (2018), Migration in Würde (2019); bekräftigt in der CAJ-Erklärung zum Arbeiter*innenkampftag 2020 „Unsere Analyse rund um die Corona Krise - gegen die Prekarisierung und Ausbeutung für eine solidarische Gesellschaft in Krisenzeiten und darüber hinaus“. Gerade jetzt zeigen die Visionen und Beschlüsse ihre hohe Relevanz.

Dazu gehört für die CAJ Osnabrück der Einsatz für ein Lieferkettengesetz und in der Stellungnahme der CAJ-Bundesleitung 2020 zur Fleischindustrie u.a. die Forderung umfassender Systemveränderung, Beendigung der Ausbeutung durch Werkverträge, grenzüberschreitende Problemlösung auf europäischer Ebene und in internationaler Solidarität.

Weiteres drückt die CAJ in der Vision von menschenwürdiger und gerechter Arbeit, dem Bundesaktionsplan, dem Internationalen Aktionsplan und der Stellungnahme der internationalen CAJ zum Arbeiter*innenkampftag aus: ein wirtschaftliches und politisches System, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, der Reichtum zwischen allen verteilt ist, universeller Gesundheitszugang, die Mitgestaltung der Gesellschaft und Arbeit, Einhaltung der Menschenrechte, eine gerechte Arbeit und Wirtschaft, die dem Wohl aller Menschen und dem Leben in Würde heute und in Zukunft und in Harmonie mit der Natur dient sowie Zugang zu den Grundbedürfnissen wie Wohnung, Essen, Kleidung, Bildung, Arbeit und soziale Absicherung.

Diese Visionen und Beschlüssen zeigen auch wie aus unserer Sicht sich Wirtschaft „weiterentwickeln“ sollte und welche politischen Impulse dafür nötig sind.



gemeinsam. leben. gestalten.
christliche arbeiterjugend.



Florian Schneider

Geistlicher Begleiter

Christliche Arbeiterjugend
(CAJ)

Diözesanverband Osnabrück

KENN DEINEN WERT!

Wir kämpfen für fairen Lohn.



FÜR EIN CHRISTLICHES MITEINANDER IN DER ARBEITSWELT. Jetzt Mitglied werden in der KAB!

Frauen verdienen bis zu 21% weniger als ihre männlichen Kollegen. Der gesetzliche Mindestlohn ist zu niedrig und es gibt noch immer zu viele Ausnahmen. Zeitarbeitsmodelle wälzen unternehmerische Risiken auf die Arbeitnehmer*innen ab. Nur gemeinsam können wir gegen diese Missstände angehen! Mach dich stark gegen ungerechte Bezahlung. Mit deiner KAB. www.kab.de



KAB! TRITT EIN FÜR DICH.

